

BEST AVAILABLE COPY

MINISTERIUM DES INNEREN
Verwaltungsdirektion Berlin

BONN, den 5. April 1963

Unterschieds-Nr. 172
Personal-Nr. 2211 Bonn 7, Postfach
Fasz. 30141
Hessert

Herrn
Peter Stähle

Bonn
Dahlmannstr. 13

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3028
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2007

Sehr geehrter Herr Stähle!

Verbindungsamt teile ich Ihnen hinsichtlich der Persön-
lichkeit, über die wir bei Ihrem Besuch sprachen, folgendes mit
(wobei ich jeweils der Behauptungen folge, die in der mir Über-
lassenen Unterpapier enthalten waren):

Der Betroffene ist nicht Oberregierungsrat und auch nicht
Leiter der Propaganda im Bundesamt für Verfassungsschutz. Er
ist nicht 1932 Mitglied der allgemeinen SS geworden und war auch
nie Mitglied der Totenkopf-Standarte oder einer Totenkopf-Einheit.
Er gehörte nicht dem SD-Hauptamt beim Reichssicherheitshauptamt
an, übertrug im Jahre 1938 dem Amt V. dieses Amtes.

Der Betroffene hat in der Zeit von 1938 bis 1946 einen Dienstatz in
Frankreich geleistet. Er war bei der Gestapo als stellvertretender
Leiter der Abteilung für die deutsche Bevölkerung in der
Stadt Paris, war auch als Sturmschiffsführer
(1940) und als Leiter der Abteilung für die deutsche Bevölkerung
(1946) tätig. Er wurde 1946 aus dem Untersuchungsgefängnis Sappertal
entlassen. Er trug eine Sonnenbrille und fand
seinen Versteckort bei seiner Flucht, die bis 1952 in Berlin
verblieb. Bei seiner Entlassung aus dem Untersuchungsgefängnis war
er bei der französischen Hilfswerk in Westdeutschland beschäftigt,
dann bei der französischen Hilfswerk in Westdeutschland. Er wurde nicht 1952, sondern 1950
in der Person des Verfassungsschutz, und zwar
nach seiner Überprüfung durch die französischen.

DB-17990

BEST AVAILABLE COPY

englischen und amerikanischen Sicherheitsdienste (von keiner dieser Stellen wurden nachteilige Erkenntnisse mitgeteilt).

Schließlich war er nie gemeinsam mit Regierungskriminalem Sawecko zusammen in einem Lehrgang, vielmehr hat er diesen viel später nach dem Kriege bei der Sicherungsschule des Bundeskriminalamtes kennengelernt.

Ergänzend bemerke ich noch, daß der Betreffende nie in den Angelegenheiten bearbeitet hat.

Diese Angaben dürften hinlänglich dazuhelfen, daß die Ihnen zugänglich gemachten Angaben weitgehend unzutreffend sind.

Im Verlaufe unseres Gesorachs sind wir uns auch eingehend über das Problem der Dienstvermittlung und die in der Anlage zu Ihrer Orientierung beigefügten Unterlagen auseinandergesprochen.

Im Hinblick auf die oben erwähnten Angaben über die Tätigkeit des Betreffenden in der Zeit vor dem Kriege sind wir der Ansicht, daß die in der Anlage zu Ihrer Orientierung beigefügten Unterlagen hinreichend sind, um die in der Anlage zu Ihrer Orientierung beigefügten Unterlagen hinreichend zu verdeutlichen.

Die in der Anlage zu Ihrer Orientierung beigefügten Unterlagen sind in der Anlage zu Ihrer Orientierung beigefügt.

BEST AVAILABLE COPY

Anlage

Dienstgradangleichung seit 1937

Entsprechend dem Plan Himm l e r s , SS und Polizei zu einem Staatsschutzkorps zu verschmelzen, war beim RSD schon etwa seit 1935, bei der Polizei seit etwa 1937 eine automatische Überführung der Angehörigen der beiden Polizeipartien (Ordnungs- und Sicherheitspolizei) in die SS mit SS-Dienstgradangleichung an den von dem Polizisten geführten Beamten dienstgrad in die Wege geleitet worden. Diese SS-Dienstgradangleichung ist für die Sicherheitspolizei durch das SD-Hauptamt erfolgt, das später (1939) im RSHA mit aufging. Die Verwaltungspolizei bzw. Kriminalbeamten des Reiches wurden somit durch diese Überführung Angehörige der SS und zwar der SD-Formation. Sie wurden aber nicht Mitglieder der Allgem. SS, auch nicht Angehörige der Nachrichtenorganisation SD, und zwar weder hauptamtlich, noch nebeamtlich, noch ehrenamtliche "Nachrichtennänner".

Beruflich blieben die Polizisten vielmehr was sie waren: Beamter der Verwaltungspolizei, der Kriminalpolizei, oder der Geheimen Staatspolizei. Sie wirkten auch wie vor lediglich auf dem bisherigen Arbeitsgebiet ihrer eigenen Polizeipartei. Obwohl sie nunmehr, zunächst nur bei offiziellen Anlässen, schwarze SS-Uniform trugen, haben sie aber trotz ihrer SS-Dienstgrade eine Tätigkeit in der SD-Formation niemals ausgeübt. Sie hatten in dieser Untergliederung der SS weder Amt noch Dienststellung, noch Befehlsgewalt noch Dienststrafbefugnis. Die Befugnis dieser, in die SS überführten Polizisten bestanden lediglich darin, ihre SS-Dienstgradbezeichnung zu verwenden und entsprechende SS-Uniform zu tragen. In Polizeidienstverhältnissen standen sie nicht vor nur ihren polizeilichen Vorgesetzten.

Die gleiche Überführung erfolgte auch für die Verwaltungsbeamten der Polizei, die in die SS überführt wurden. Diese Verwaltungsbeamten wurden ebenfalls Angehörige der SS und zwar der SD-Formation. Sie wurden aber nicht Mitglieder der Allgem. SS, auch nicht Angehörige der Nachrichtenorganisation SD, und zwar weder hauptamtlich, noch nebeamtlich, noch ehrenamtliche "Nachrichtennänner".

BEST AVAILABLE COPY

- 2 -

setzen. Hierbei war es vollkommen gleichgültig, ob sie den formal vorgesehene n Aufnahmeantrag stellten oder ob sie, ohne gefragt zu werden, in die SS (SD) überführt wurden. Die Antragstellung war praktisch dienstliche Pflicht. Jede Weigerung hätte den betreffenden Beamten dienstlich und wirtschaftlich ruiniert; sie wäre zudem in der Regel auch als politische Unzuverlässigkeit mit allen sich daraus ergebenden Folgen gewertet worden.

In der Sitzung des internationalen Militärgerichtes vom 26.8.1946 wurde von der Anklagebehörde folgende Erklärung abgegeben:

"Rein nominell gab es noch eine Formation SD, die aber lediglich die SS/Angehörigen aus sämtlichen Intern des RSHA listenmäßig erfaßte. Diese SS-Angehörigen waren aber nur nominelle Rangangehörige der SS ohne Funktion. Die Anklage richtet sich nicht gegen diese nominelle Organisation, die keinen Zusammenschluß bedeutete und keine Aufgaben und Ziele hatte."

Die Verhandlung des Nürnberger Militärgerichtes vom 1.10.46 konstatierte, daß die Mitglieder der SS, die ihr unfreiwillige angehört haben, vor dem Schuldspruch des internationalen Militärgerichtes über die SS als verbrecherische Organisation nicht erfaßt wurden.

Au diesen "unfreiwilligen Mitgliedern" gehören auch die dienstlichen gleichgestellten Polizisten.

END 11/19/51